

KPÖ (O) Voitsberg -

Schriftverkehr zum verhinderten Antreten zur Gemeinderatswahl 1927, Juni-Juli 1927

4 Seiten, Faksimile

---

<b>Absender</b>	<b>Inhalt</b>	<b>Datum</b>	<b>Seiten</b>
Gemeindeamt Voitsberg [Abschrift]	Verweigerung der Teilnahme an den Gemeinderatswahlen wegen aberkannter Unterstützungserklärungen	21.6.1927	1
Willibald Chromy u.a. [Abschrift]	Aufrechterhaltung der Unterstützungserklärungen	19./26.6.1927	1
KPÖ (O) Voitsberg - An die Landeswahlbehörde Steiermark	Berufung gegen die Gemeinderatswahl Voitsberg am 3.7.1927	7.7.1927	2
			<b>4</b>

*Albin*  
Gemeindeamt der Stadt Voitsberg, Steiermark.

Voitsberg, am 21. Juni 1927.

Zahl 940

Voitsberg-Gemeinderatswahlen.

An die

Kommunistische Partei ( Opposition )

Lokalorganisation Voitsberg

zu Händen des Herrn Kaiser Albin

in Tregist Nr. 36.

Die Gemeindevahlbehörde für die Durchführung der Gemeinderatswahlen am 3. Juli 1927 hat in ihrer Sitzung am 21. Juni gemäss ~~§ 49 des B.G. vom 11. Juli 1923~~ § 20 der Gemeindevahlordnung vom 28. März 1924 Nr. 30 B.G.Bl. bzw. gemäss § 49 des B.G. vom 11. Juli 1923 Nr. 367 B.G.Bl. beschlossen, den von der kommunistischen Partei eingebrachten Wahlvorschlag als nicht eingebracht anzusehen, weil er nicht die im § 20 G.W.O. festgesetzte Anzahl von 30 gültigen Unterschriften aufweist.

Der eingebrachte Wahlvorschlag war von 28 Personen unterschrieben, das unter Post Nr. 36 enthaltene Kreuzzeichen des Vinzenz Meier kam nicht als Unterschrift im Sinne des Gesetzes angesehen werden. Die Unterschrift des Eduard Müller kommt in Wegfall, weil dieser die Wahlberechtigung für die Gemeindevahl nicht besitzt.

Die ursprünglich unterschriebenen Franz Hubmann, Johann Huber, Anton und Willibald Chromy, Franz Wentschura u. Johann Habit haben ihre Unterschrift auf den Wahlvorschlag zurückgezogen, so dass schliesslich der Wahlvorschlag nur die Unterschriften von 27 Wahlberechtigten aufweist und somit dem Gesetze eben nicht entspricht.

Der Wahlleiter:

Stamphilie Dr. Krammer.

Abschrift.

*war Handschrift von Unterzeichnenden selbst*

Beilage 2

Wir Unterzeichneten haben die Unterschrift unter den Wahlvorschlag der komm. Partei (Opposition) bei voller Kenntnis der Sachlage gegeben und nur uns durch direkte Drohung gegen unsere Existenz durch mehrere Parteifunktionäre der soz. Partei, deren Namen uns bekannt sind, zurückgezogen am Sonntag, den 19. Juni. Wir halten unsere Unterschrift jedoch aufrecht.

Willibald Chromy, Anton Chromy,

Voitsberg, Ludeschergasse 1.

Ich Unterzeichneter habe den Wahlvorschlag der komm. Partei (Opposition) bei voller Erkenntnis der Sachlage unterschrieben und nur durch indirekte Drohungen der Existenz gegen meine Person u. weiteres in dem Glauben, dass durch Zurückziehung der Unterschrift der Wahlvorschlag nicht gefährdet sei, die Unterschrift zurückgezogen. Der Name dessen, welcher mich indirekt dazu gezwungen hat, ist mir bekannt. Ich halte meine Unterschrift aufrecht.

Karl Stöcklöcker, Maria Stöcklöcker,

Voitsberg, Burggasse Nr. 4

26. / 6. 1927.

## LANDESWAHLBEHÖRDE STEIER MARK

Betreff : Berufung gegen die Gemeinderatswahl  
in Voitsberg von 3. Juli 1927.

Anfechtende Partei : Kommunistische Partei ( Opposition )

Unter Hinweis auf den § 36 des Landesgesetzes vom 21. März 24., betreffend die Gemeinderatswahlordnung, erhebt unterzeichnete Partei Berufung gegen das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Voitsberg wegen gesetzwidriger Vorgänge im Wahlverfahren, was in nachstehender Begründung hieraus ersichtlich.

- 1.) Von der kommunistischen Partei ( Opposition ) wurde am 14. VI. 1927 dessen Wahlvorschlag mit 21 Unterschriften bei der Gemeindewahlbehörde eingereicht.
- 2.) a) Von den 41 Unterzeichneten des Wahlvorschlags entsprachen 30 den gesetzlichen Bestimmungen der O.G.G. § 21 Abs. 2. Die Unterschrift des Herrn Edward Müller konnte von der kommunistischen Partei als ungültig erst nach Überprüfung durch die Wahlbehörde festgestellt werden, da genannter als Ausländer dennoch in der Wählerliste eingetragen war und demnach aus Wahlberechtigt erschien.
- b.) Die Einzeichnung des Wahlberechtigten Vinzenz Meier erfolgte allerdings wegen Unkenntnis des Schreibens mit einem Kreuz, jedoch auch unter Nebenschrift seines Namens, durch Bevollmächtigung am Herrn ..... als Unterschriftensetzer. Auch besteht kein Grund in irgend einem Gesetz, wonach schreibunkundige in dieser Form nicht zeichnen dürfen und somit als Staatsbürger in diesem Rechte beschränkt wäre. Somit ist die Unterschrift gültig.
- c.) In der Zuschrift der Gemeindewahlbehörde vom 21. Juni Zahl 2/40 wird von 51 bezeichneten Unterschriften Erwähnung gemacht, obwohl es unseres Wissens 41 sind. Es erscheint möglich, dass die letzten 2 Unterschriften nicht mehr mit Ziffern versehen waren, was jedoch nicht zur Ungültigkeitserklärung derselben berechtigt, sondern hätte zur Richtigstellung an den Bevollmächtigten Vertreter hinsichtlich 3 Tagen überlassen werden müssen. 50 Unterschriften waren übrigens nur notwendig.
- 3.) a) Wie schon bemerkt wurde am 14. VI. 27. also am vorletzten Tage vor der Einreichungsfrist die Kandidatenliste bei der Gemeinderatswahlbehörde überreicht. Jedoch wurde schon am gleichen Tage nachmittags durch Parteifunktionäre der kommunistischen Partei ( Opposition ) bemerkt, dass sozialdemokratische Parteimitglieder mit einer Abschrift unserer Unterschriftenliste an die Unterzeichner unserer Liste herantraten, um sie zur Zurückziehung derselben zu veranlassen. Dieser ungesetzliche Vorgang konnte nur durch Überreichung unserer Kandidatenliste zur Abschrift an die Sozialdemokratische Partei geschehen. Diese hätte für sich sodann das Recht in Anspruch, 5 Tage vor Beginn der dazu berufenen öffentlichen Volksversammlung unter Verletzung des Willensbeinflusses auf eigene Faust zu übermitteln.
- b.) Wie durch Beilage 2 bewiesen ist, wurden darauf mehrere Unterzeichner unseres Wahlvorschlags gezwungen ihre Unterschriften zurück zuziehen. Weitere Beweise könnten durch bevollmächtigte Untersuchung festgestellt werden. Nebenbei sei besonders bemerkt, dass bei der derzeitigen ungünstigen wirtschaftlichen Lage beziehungsweise Unterzeichner schon durch die Einstellung allein "wegen Mangel an Unterschriften" sich in ihrer Meinung nicht ändern lassen.

11.

- 4.) Alle Unterzeichner hatten vom Inhalt des vorgelegten Wahlvorschlages Kenntnis, weil auch eine nachträgliche Zurückziehung der Unterschrift, auch wenn sie freiwillig gewollt wäre, unstatthaft ist. Auch der Anwaltschaft Vinzenz Weiss hatte davon Kenntnis, da derselbe vor seiner Unterzeichnung (mit dem Kreuz) in einer Gruppe von Leuten stand, welche soeben über die Gemeinderatswahlen und den Wahlvorschlag der kommunistischen Partei (Opposition) diskutierten.
- 5.) Mehrere von unsern Unterzeichnern wurde wie in Punkt 3 geschildert, indirekt oder direkt gezwungen Erklärungen an die Wahlkommission abzugeben, weil sie die Unterschriften zurückziehen. Die Wahlkommission nahm dies zur Kenntnis. Jedoch nicht zur Kenntnis nahm sie Gegenerklärungen, weil die betreffenden bedeuteten dass sie die Unterschriften nicht zurück ziehen. Die Wahlkommission hätte nach unserer Meinung unsonst Ursache und Pflicht gehabt auf Grund der Abgabe von Gegenerklärungen vor der endgültigen Entscheidung zu untersuchen. Die Wahlkommission liess dies jedoch unberücksichtigt. Unser Wahlvorschlag wurde als nicht eingebracht abgelehnt.
- 6.) Die kommunistische Partei (Opposition) konnte bei den gegebenen Verhältnissen auf mindestens ein Mandat rechnen, was auch unter anderen die sehr höhere Wahlbeteiligung aus als Ergebnis zeitigte, da unsere Partei Wahlenthaltung angesprochen und geübt hatte.
- 7.) Wir erheben deshalb gegen das Ergebnis der Gemeinderatswahl Voitsberg, wegen der geschilderten gesetzwidrigen Vorgänge im Wahlverfahren Berufung ein und beantragen die Nichtigkeitserklärung der stattgefundenen Wahl, da bei Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften das Ergebnis ein anderes gewesen wäre.

In Auftrage der kommunistischen Partei (Opposition)  
der Bevollmächtigte Vertreter

.....

Voitsberg den 7. Juli 1927

2 Beilagen:  
—